



## **Inhalt**

1.	Zypernfrage .....	2
2.	Gasvorkommen .....	3
3.	Griechische Zyprioten .....	5
4.	Türkische Zyprioten .....	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen .....	10

## 1. Zypernfrage

Im Juli jährte sich die türkische Invasion von 1974 zum 39. Mal. Als Folge der Invasion ist das nördliche Drittel Zyperns besetzt und Zypern de facto eine geteilte Insel. Am 15. Juli 1974 wurde Präsident Makarios durch die griechisch-zypriotische paramilitärische Organisation EOKA-B, die von der griechischen Militärjunta unter Dimitrios Ioannides unterstützt wurde, abgesetzt. Makarios wurde daraufhin durch den Nationalisten Nicos Sampson ersetzt, der für eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland eintrat. Der Putsch diente als Vorwand für die türkische Invasion, die fünf Tage später, am 20. Juli, stattfand.

Der 20. Juli ist ein gutes Beispiel dafür, wie unterschiedlich beide Bevölkerungsgruppen die Geschichte der Insel wahrnehmen und interpretieren: Im Süden spricht man von Invasion, während man im Norden von einem Friedenseinsatz redet. Für die eine Seite ist dies Anlass zu Gedenkfeiern und traurigen Jahrestagen, für die andere Seite ist dies ein Grund für Feierlichkeiten und Paraden.

Am 16. Juli wählte der Nationalrat Andreas Mavroyiannis zum Hauptverhandlungsführer für die griechischen Zyprioten in den Friedensgesprächen, die im Oktober wieder aufgenommen werden sollen. Mavroyiannis ist derzeit Staatssekretär im Außenministerium. In der Vergangenheit hatte er verschiedene Posten inne: er diente als Zyperns Botschafter in Irland und Frankreich, er war zwischen 2003 und 2008 Mitglied im Verhandlungsteam bei den bikommunalen Friedensgesprächen und Stell-

vertretender Minister in EU Angelegenheiten während Zyperns EU-Präsidentschaft 2012. Seine Wahl geht auf eine Zusage der DISY vor den Präsidentschaftswahlen zurück, einen anderen Gesprächspartner als den Präsidenten zu ernennen. Den neuen Regeln zufolge, die Präsident Anastasiades beim Nationalrat durchsetzen konnte, soll eine Entscheidung, die von 75% der in der letzten Parlamentswahl gewählten Parteien unterstützt wird, für den Präsidenten bindend sein. Sollte der Präsident die Entscheidung nicht billigen, kann er ein Referendum anberaumen. Die ‚Bürgerallianz‘, eine von Giorgos Lillikas vor kurzem gegründete politische Gruppierung, wurde dabei vom politischen Prozess im Nationalrat ausgeschlossen. Die Organisation erfüllt derzeit noch nicht die Mindestanforderungen für eine Mitgliedschaft. Dazu müsste die Bürgerallianz als politische Partei registriert sein und zuvor bei einer Parlamentswahl teilgenommen und wenigstens einen Abgeordneten gestellt haben.

Außenminister Ioannis Kasoulides machte klar, dass die Verhandlungen nicht bei null anfangen würden, er bekräftigte jedoch die Anastasiades Absicht, nur eine begrenzte Zahl von Punkten zu revidieren. Während der Präsidentschaftswahlen im Februar sprach sich Anastasiades gegen bestimmte Klauseln aus, die zwischen dem damaligen Präsidenten Demetris Christofias und dem damaligen Vertreter der türkischen Zyprioten, Mehmet Dervisch Eroglu, vereinbart worden waren, wie z.B. die gewichtete und beide Bevölkerungsgruppen einschließende Abstimmung bei der Wahl der Zentralregierung und eine rotierende Präsidentschaft zwischen beiden Ethnien. Talats Nachfolger, Dervisch Eroglu

lehnte vor allem jene Klausel ab, der zufolge beide Bevölkerungsgruppen in denselben Wahlen teilnehmen und für dieselben Kandidaten wählen könnten.

Sowohl Kasloulides als auch Anastasiades bezogen sich bei unterschiedlichen Anlässen auf den Vorschlag der Regierung, den abgezaunten Teil von Famagusta zu öffnen und im Gegenzug den Handel mit der EU vom Hafen von Famagusta aus zu ermöglichen und die Blockierung einiger Kapital bei den türkischen EU Beitrittsgesprächen aufzuheben. Im Gegensatz zu den griechischen Zyprioten betrachten die türkischen Zyprioten die Öffnung von Famagusta jedoch als Teil einer endgültigen Lösung und nicht als eine vertrauensbildende Maßnahme. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu wurde in den türkisch-zypriotischen Medien dahingehend zitiert, dass die nächste Gesprächsrunde die letzte Möglichkeit für eine Lösung biete und betonte erneut, dass die türkischen Zyprioten nicht die Absicht hätten, auf die aktiven und effektiven Garantien der Türkei in Zypern verzichten zu wollen.

Die Zypernfrage war auch ein Gesprächsthema auf einem Treffen zwischen dem griechischen Außenminister Evangelos Venizelos und seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu. Das Gespräch fand im Rahmen eines eintägigen Besuchs des griechischen Außenministers am 19. Juli in Ankara statt. Derweil betonte der amerikanische Präsident Obama seine Unterstützung bei den Bemühungen, die Teilung der Insel mit Hilfe einer gerechten und dauerhaften Lösung zu beenden. Der UN

Sonderbeauftragte Alex Downer erwartet eine Wiederaufnahme der Gespräche im Oktober.

Ein Bericht des Cyprus Center for Strategic Studies (CCSS – Zentrum für strategische Studien Zypern) behauptet, dass die Türkei die Anzahl der auf der Insel stationierten Soldaten in diesem Jahr um 7.000 von 36.000 auf 43.000 um 7000 erhöht habe. Dem Bericht zufolge habe sich die Zahl der türkischen Soldaten zwischen 2001 und 2012 kaum erhöht.

Der UN Generalsekretär Ban Ki Moon empfahl eine Mandatsverlängerung der auf Zypern stationierten UN Friedensmission (UN Peacekeeping Force in Cyprus – UNFICYP) um weitere sechs Monate bis zum 1. Januar 2014. Das Mandat der UNFICYP endet am 31. Juli und es wird erwartet, dass der Sicherheitsrat eine Resolution zu einer Verlängerung verabschiedet.

## 2. Gasvorkommen

Am 19. Juli kündigte der türkische Energieminister, Taner Yildiz, an, dass Ankara in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Zyperns nach Gas und Öl suchen werde. Das türkisch-zypriotische Presse- und Informationszentrum veröffentlichte eine Meldung, der zufolge Ankara beabsichtigt, seismologische Studien in einem Gebiet von 10.500 km<sup>2</sup> durchzuführen, die sich auch auf die AWZ der Republik Zypern ausdehnen. Yildiz beschrieb Nikosias Suche nach Gas und Öl als eine Provokation und verlangte deren unverzügliche Aussetzung, da die Ressourcen beiden Seiten

zuständen. Die Türkei erkennt die Rechte Zyperns über ihre AWZ mit dem Argument nicht an, dass Inseln nicht berechtigt seien, eine AWZ zu deklarieren und dass sich Zyperns AWZ mit dem türkischen Kontinentalschelf überschneide. Diese Argumentation resultiert aus der grundsätzlichen Haltung der Türkei, die Republik Zypern nicht als souveränen Staat anzuerkennen. Die Türkei beansprucht daher die Blöcke 1, 4, 5, 6 und 7 in Zyperns AWZ und stellte der türkischen staatlichen Ölfirma TPAO Bohrgenehmigungen aus, die sich auf Gebiete bis zur griechischen Insel Rhodos ausdehnen.

Verteidigungsminister Fotis Fotiou betonte, dass die Drohungen der Türkei die zypriotischen Pläne hinsichtlich der Energiepolitik nicht ändern würden. In einer Plenarsitzung in Nikosia wurden Änderungen bei den bestehenden Gesetzen zur Bestimmung des Kontinentalschelfs angenommen, was Zypern wiederum erlaubt, Sicherheitszonen um die Anlagen innerhalb seiner AWZ und seines Kontinentalschelfs auszuweisen. Zudem prüft die Regierung derzeit den Kauf von zwei israelischen Kriegsschiffen, um Zyperns AWZ zu schützen. Die Schiffe sollen 100 Millionen Euro kosten, abzuzahlen über einen Zeitraum von 17 Jahren. In der Zwischenzeit wurde ein unter italienische Flagge fahrendes Forschungsschiff, das Untersuchungen für das Verlegen von Glasfaserkabeln vor der Küste von Paphos innerhalb der zypriotischen AWZ durchführte, von zwei türkischen Kanonenbooten verfolgt.

Das Kabinett berief ein Team, um die Verhandlungen mit Noble Energy und Delek über die Entwicklung der Gasfunde in Block 12

und den Bau einer Verflüssigungsanlage (LNG Anlage) zu führen. Die Mitglieder des Teams sind:

- Stelios Chimonas, Staatssekretär im Wirtschafts- und Energieministerium
- Nora Nicolaidou, Staatsanwältin
- Stelios Koundouris, öffentlicher Rechnungsführer
- Eleni Vasiliadou, Vorsitzende der Natural Gas Public Company (DEFA)
- Odysseas Michaelides, Direktor der Kontrollabteilung des Verkehrsministeriums
- Ein Mitglied der Cyprus National Hydrocarbons Company (noch nicht ernannt).

Die Gespräche sollen sechs Monate dauern. Bis zum 31. Dezember 2013 soll das Nachfolgeabkommen abgeschlossen sein und zur Unterzeichnung vorliegen. Der Ausschluss der Cyprus National Hydrocarbons Company KRETYK von den Verhandlungen hatte den Rücktritt des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Solon Kassinis zur Folge.

Die Energiepläne der Regierung wurden während eines Treffens mit der Troika und Vertretern des Energieministeriums und der DEFA diskutiert.

Währenddessen gingen die Verhandlungen über Gaslieferungen zwischen der DEFA und dem von ihr bevorzugten Gasanbieter Itera weiter. Die Lieferungen sind eine Zwischenlösung zur Deckung des heimischen Elektrizitätsbedarfs bis Zypern in der Lage ist, seine eigenen Vorkommen zu nutzen. Der Vorschlag von Itera sieht

die Lieferung von Gas an Zypern bis 2015 zu einem Preis von \$16 oder \$17 pro einer Million British Thermal Units (BTU)<sup>1</sup> vor. Es wurde in den Medien spekuliert, ob Noble ein alternatives Angebot gemacht habe, das mit Hilfe einer Spar Plattform<sup>2</sup> kostengünstiger sei und Gas aus Block 12 zur heimischen Stromerzeugung liefern könnte. Das Angebot von Noble beinhaltet die Lieferung von Brennstoff zu einem Preis von \$12 pro einer Million BTU ab Januar 2016. Derzeit liegen die Kosten für Elektrizität bei ca. \$18 pro eine Millionen BTU.

Australischen Berichten zufolge zieht das australische Unternehmen Woodside Petroleum Ltd eine Beteiligung am Bau einer LNG Anlage in Zypern anstelle von Israel in Betracht. Woodside hatte ursprünglich geplant, 30% an den Rechten des israelischen Gasfelds Leviathan zu erwerben und eine LNG Anlage in Israel zu bauen, um Gas in den Fernen Osten zu liefern. Das Unternehmen überdenkt diesen Plan, nachdem es im Juni eine vorläufige Vereinbarung zwischen der Regierung Zyperns und den amerikanisch-israelischen Partnern Nobel und Delek über den Bau einer LNG Anlage an Land geben hatte.

Der Vorstandsvorsitzende von ENI, Paolo Scaroni, kündigte an, dass das italienische Energieunternehmen seine Erschließungsbohrungen vor der Küste Zyperns in der zweiten Jahreshälfte von 2014 aufnehmen werde. Zudem ist das französische Energieun-

ternehmen Total an dem Kauf von 30% der Anteile von Noble Energy und seinen israelischen Partnern an Block 12 interessiert.

### 3. Griechische Zyprioten

Eine Delegation der Troika<sup>3</sup> kam am 17. Juli nach Zypern, um die Umsetzung des zypriotischen Maßnahmenkatalogs zu überprüfen, nachdem im März ein Rettungspaket in Höhe von zehn Milliarden Euro geschnürt worden war. Die Entscheidung, ob Zypern im September die nächste Tranche aus dem Rettungspaket erhält, hängt von dem Ergebnis der Überprüfung ab.

Die Troika hatte mehrere Treffen mit verschiedenen Interessenvertretern der Zentralbank und dem Finanzministerium. Zunächst fanden die Verhandlungen über die endgültige Höhe des Schuldenschnitts der ungesicherten Einlagen bei der Bank of Cyprus statt. Zudem wurde über den Zinssatz für die 1.5 Milliarden Euro verhandelt, welche die Genossenschaftsbanken zu ihrer Rekapitalisierung benötigen.

Nachdem sich die Gespräche hinzogen, wurde die endgültige Höhe bei 47.5% für alle Einlagen über 100.000 Euro bei der BoC festgelegt. Der einbehaltene Betrag soll in Anteilskapital umgewandelt werden, um die Bank zu rekapitalisieren. Unter dem im März verabschiedeten Rettungspaket wurden ursprünglich 37.5% der

<sup>1</sup> BTU ist eine Einheit zur Messung von Energie

<sup>2</sup> Mit Hilfe einer Spar Plattform kann schneller nach Gas gebohrt und dasselbe verarbeitet werden als mit einer konventionellen Bohrinself.

<sup>3</sup> Die Troika besteht aus der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfond und der Europäischen Kommission.

ungesicherten Einlagen in Anteilskapital umgewandelt und zusätzliche 22.5% bis zu einer endgültigen Bewertung der gesamten BoC durch KPMG London als Reserve zurück gehalten. Das restliche eingefrorene Kapital in Höhe von 12% wird nun frei gegeben. Die Einigung über die endgültige Höhe des Schuldenschnitts führt schrittweise zu einem Ende der staatlichen Aufsicht über die BoC. Dies wiederum wird es der Bank ermöglichen, geldpolitische Geschäfte zu tätigen und schließlich zu der Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen führen, die im März eingeführt wurden, um einen Bank Run zu verhindern.

Die Troika überprüfte ebenfalls die Vorruhestandsregelung für die Angestellten der BoC. Die Regelung sieht eine Reduzierung der Belegschaft in einem Umfang von 1.000 Mitarbeitern vor. Im Gegenzug sollen ein Monatsgehalt pro zwei Arbeitsjahre und zusätzlich fünf Monatsgehälter gezahlt werden, wobei die Kompensation bis zu 150.000 pro Mitarbeiter betragen könnte. Die Zahl der Angestellten der BoC erreichte 5.600, nachdem 2.400 Mitarbeiter von der Laiki Bank, die im Rahmen der Rettungsmaßnahmen aufgelöst worden war, übernommen wurden. Momentan sind 202 Filialen in Betrieb, nachdem im Juli 17 geschlossen wurden und zwölf weitere am 2. August folgen sollen. Zwanzig weitere Filialen sollen nach dem 2. August geschlossen werden.

Es wurde ebenfalls diskutiert, ob die BoC in zwei Unternehmen aufgespalten werden sollte, wobei die normalen Bankgeschäfte von den Immobiliengeschäften mit Hilfe einer Vermögensverwaltungsgesellschaft getrennt werden

könnten. Dadurch würde jener Zweig der Bank, der die Immobiliengeschäfte verwaltet, alle faulen Immobilienkredite übernehmen mit der Möglichkeit, die Immobilien zu verkaufen, um mit dem auf diese Weise erworbenen Kapital die Liquiditätsprobleme der Bank zu verringern. Die Liquiditätshilfe in Notfällen (Emergency Liquidity Assistance – ELA), welche die Bank erhalten hatte, würde zwischen den beiden neuen Instituten aufgeteilt.

Die Vertreter der Troika trafen sich auch mit der Leitung der zentralen Genossenschaftsbank (Central Cooperative Bank). Die Maßnahmen des Rettungspakets sehen vor, dass die Zahl der Genossenschaftsbanken drastisch reduziert wird und die verbleibenden Banken unter die Aufsicht der zypriotischen Zentralbank gestellt werden. Berichten zufolge soll die Anzahl der Genossenschaftsbanken von 90 auf 18 verkleinert werden.

Die Troika hielt ebenfalls Treffen ab mit Vertretern des Energieministeriums und der DEFA, Vertretern der in Zypern ansässigen internationalen Banken, sowie Repräsentanten des Gesundheitsministeriums, der zypriotischen Hafenbehörde, der Telekom und der Elektrizitätsgesellschaft.

Die Troika wird die Ergebnisse ihrer Überprüfung an die Regierung weiterleiten, die dann ihr eigenes Feedback abgeben wird. Berichten zufolge liegen positive Ergebnisse vor. Obwohl die Regierung von internationalen Gläubigern dafür gelobt wird, dass sie sämtliche Anforderungen erfüllt, wird auch vor substantiellen Risiken gewarnt.

Die Regierung zieht die Schaffung eines Casinoresorts in Betracht, von dem Investitionen in Millionenhöhe, auch im Tourismusbereich, erwartet werden. Kritiker bezweifeln die Wirtschaftlichkeit solch eines Resorts im zypriotischen Kontext und befürworten die Schaffung kleinerer, über die Insel verteilter Spielbanken.

Präsident Anastasiades kündigte eine umfassende Reform der Sozialpolitik mit dem Ziel an, ein garantiertes, an bestimmte Kriterien gekoppeltes Mindesteinkommen für alle Bürger einzuführen. Die Reform soll bis Juni 2014 umgesetzt werden und wird die Bedürfnisse aller Bürger und Haushalt berücksichtigen, was Ernährung, Bekleidung, Stromverbrauch und andere wichtige Grundbedürfnisse betrifft. Die Regelung schließt auch arbeitslose Schul- und Universitätsabgänger sowie Arbeitnehmer mit geringen Einkommen ein.

Eurostat zufolge erhöhte sich die Arbeitslosigkeit von 15,8% im April auf 16,3% im Mai. Im Juni verzeichnete Zypern die höchste jährliche Zunahme der Arbeitslosenzahlen von 11,7% auf 17,3%, was einer Erhöhung der Arbeitslosen auf 78.000 entspricht.

Die rapide Kapitalflucht aus Zypern hielt in den letzten Monaten weiter an. Die Einlagen auf Banken auf der Insel sanken im Juni um 5.3 Milliarden Euro auf 50.67 Milliarden. Im April waren es noch 57.37 Milliarden gewesen. Im Juni 2012, also vor dem Bail in, lagen noch Einlagen im Wert von 70.77 Milliarden Euro auf zypriotischen Konten. Die Einlagen des privaten Sektors bei den beiden größten zypriotischen

Banken, der BoC und der mittlerweile abgewickelten Laiki Bank, fielen im Juni um 7,6% auf 37.6 Milliarden Euro, nachdem die Einlagen im Mai um 2% zurückgegangen waren. Die Regierung kündigte eine neue Steueramnestie an, um bis zum 31. Dezember Kapital nach Zypern zurückzuführen.

Die verlustreiche nationale Fluggesellschaft Cyprus Airways, die über Jahre hinweg substantielle staatliche Hilfe in Anspruch genommen hatte, muss ihren Dienst einstellen, falls ein vorgeschlagener Plan zur Restrukturierung des Unternehmens nicht angenommen wird. Die EU Wettbewerbskommission muss einer Restrukturierung zustimmen. Falls eine Zustimmung erfolgt, hätte dies eine Verkleinerung der Flotte und eine erhebliche Verringerung der Mitarbeiterzahlen auf 385 von ursprünglich ca. 1.000 Angestellten zur Folge. Zudem gäbe es Gehaltskürzungen und das Einfrieren von Gehältern sowie eine Kürzung des Arbeitgeberanteils an der betrieblichen Rente. Den Berechnungen von KPMG London zufolge, könnte die Fluglinie ab 2015 wieder in der Gewinnzone sein. Sollte jedoch die Zypernfrage gelöst werden und zypriotische Flugzeuge den türkischen Luftraum benutzen dürfen, dann würden die Kompensationszahlungen der Regierung in Höhe von jährlich 5 Millionen Euro wegfallen, was wiederum die Grundlagen für die Berechnungen ändern würde und negative Folgen für die Fluglinie zur Folge hätte. Zudem wäre dann der Flughafen Tymbou/Ercan im Norden für internationale Flüge und somit konkurrierende Fluglinien offen.

## 4. Türkische Zyprioten

Der Höhepunkt des vergangenen Monats waren die Parlamentswahlen am 28. Juli, nachdem die Regierung im Juni zurückgetreten war. Während des gesamten Monats gab es zahlreiche Spekulationen über den möglichen Wahlausgang, da aufgrund einer Spaltung innerhalb der National Unity Party (UBP) eine Gruppe von Abweichlern die Partei verließ und sich der mitte-rechts Democrat Party (DP) anschloss, um dann eine Koalition mit dem Namen Democrat Party-National Forces (DP-UG) zu bilden. Die UBP unter dem Vorsitz von Irsen Kucuk befand sich daraufhin auf Konfrontationskurs mit ihrem ehemaligen Vorsitzenden, Präsident Dervisch Eroglu, der aus taktischen Gründen die DP-UG unterstützte.

Im weiteren Verlauf der dramatischen Entwicklungen in der Auseinandersetzung zwischen der UBP und DP-UG versuchte die Übergangsregierung unter der Republican Turkish Party (CTP-BG) von einigen mutigen, wenn auch nur symbolträchtigen Handlungen zu profitieren, indem sie eine Reihe von Erlassen der Vorgängerregierung unter Kucuk aufhob, um deren angebliche Verwicklungen in korrupte Geschäfte zu betonen.

Mitte Juli musste sich die Regierung mit einer Umweltkatastrophe in Form eines Ölteppichs befassen. Die Regierung fand jedoch schnell die für das Desaster Verantwortlichen in der Vorgängerregierung, die sich zu stark an den Interessen des privaten Unternehmens AKSA, das für den Ölteppich bei Kalecik/Gastria vor der Küste Famagustas nahe Iskele/Trikomo

verantwortlich war, orientierte. Obwohl die Umstände noch nicht geklärt sind und das Ergebnis einer von Experten durchgeführten Untersuchung im Hinblick auf die Schäden für die Umwelt noch nicht feststeht, wirkten sich die Umstände negativ auf die Wahlergebnisse von Kucuk aus. Umfragen belegten die relative Beliebtheit der Übergangspräsidentin Sibel Siber von der CTP-BG, die als erste Frau dieses Amt innehatte.

An den Gedenkfeiern zum 39. Jahrestags der türkischen Intervention am 20. Juli 2013 nahmen Vertreter der Türkei, u.a. auch der Minister für Zypern, Beshir Ataly, teil. Der türkische Premierminister Tayyip Erdogan war jedoch nicht anwesend.

Die Parlamentswahlen fanden am 28. Juli statt. Die Ergebnisse wurden noch am selben Abend veröffentlicht. Die Wahlbeteiligung war mit etwas weniger als 70% im Vergleich zu anderen Wahlen in der TRNC<sup>4</sup> relativ niedrig. Zudem stimmten die Wähler nach der Spaltung der UBP in viel stärkerem Maß über Parteigrenzen hinweg, statt bestimmte Parteien und deren Kandidaten zu wählen. Dementsprechend war

<sup>4</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Derviş Eroğlu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).



die Rangordnung der Kandidaten innerhalb der Parteilisten nicht so entscheidend wie in vorhergehenden Wahlen. Erstaunlicherweise wurde Irsen Kucuk, der zuvor sieben Mal zum Abgeordneten gewählt worden war, nicht wiedergewählt.

Während die Abwahl des Vorsitzenden der UBP, Kucuk, die Sensation der Wahlnacht war, wurden andere ehemalige Kabinettsmitglieder und andere Amtsinhaber auch nicht wiedergewählt. Die UBB musste die größten Wahlverluste erleiden. Necdet Numan, der Generalsekretär der UBP, und der ehemalige Generalsekretär der Partei, Ertugrul Hasipoglu, konnten ebenfalls nicht mehr ins Parlament einziehen.

Die Abwahl von ehemaligen Amtsinhabern beschränkte sich jedoch nicht nur auf UBP. Es waren auch bekannte Namen von der CTP-BG wie Fatma Ekenoglu und Sonay Adem darunter.

Neue Gesichter tauchten auf und brachten die Hackordnung innerhalb der etablierten Parteien durcheinander. Während die CTP-BG mit 38% der Stimmen an erster Stelle lag, wurde ihr Vorsitzender Ozkan Yorgancioglu nur vierter seiner Partei im Wahlbezirk von Nikosia, weit hinter Premierministerin Sibel Siber. Insgesamt wird das neue Parlament jünger und möglicherweise dynamischer sein, wenn man das auf Reformen ausgerichtete Profil einiger neu gewählter Abgeordneter berücksichtigt.

Insgesamt bekam die CTP-BG 38,37% der Stimmen, was 21 Delegierten in dem 50 Sitze starken Parlament entspricht. Somit kann die Partei nicht alleine regieren. Die CTP-BG wird daher wohl eine Koalitionsregierung mit der DP-UG,

die mit 23% der Wählerstimmen 12 Sitze bekam, bilden.

Während die UBP mit 27% oder 14 Sitzen etwas besser als DP-UG abschnitt, lassen die Ergebnisse einen Rücktritt Kucuks in Kürze möglich erscheinen. Es scheint auch unwahrscheinlich, dass sich die Partei an einer Koalitionsregierung beteiligen wird. Die Communal Democracy Party (TDP) schnitt mit einem relativ enttäuschenden Ergebnis von 7,43% ab, was drei Sitzen entspricht.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

**Montag, 26. August 2013, 20:30 Uhr**  
IKME / FES

Movie and discussion with the director  
**Akamas** By: Panikos Chrysanthou

Bar Sousami, 8, Kitiou Kyprianou, Limassol  
Öffentliche Veranstaltung



**Montag, 16. September 2013, 19:30-22:00 Uhr**  
POLITEIA CYPRUS / FES

Konferenz  
**Celebrating Democracy Day: Perspectives from  
Cyprus and the Arab Spring** (vorläufiger Titel)

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia  
Öffentliche Veranstaltung



**Freitag, 20. September 2013, 19:00-20.30 Uhr**  
GOETHE INSTITUT / CYPRUS ACADEMIC FORUM  
(CAF)/ FES

Vortrag von Thorsten Kruse

**A Remarkable Triangle Relationship in the Cold  
War: Cyprus and the Two German States in the  
Period from 1960 until 1972**

Goethe-Institut Cyprus hall (in der Pufferzone  
neben dem Ledra Palace)  
Öffentliche Veranstaltung

## Impressum:

**Friedrich Ebert Stiftung (FES)**  
Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [fescyprus@cytanet.com.cy](mailto:fescyprus@cytanet.com.cy)  
Web-Seite (ab September): [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

### Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis  
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

### Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

### Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter  
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie  
bitte eine E-mail an:  
Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)